

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 RM., bei Postbestellung 3 RM., zuzüglich Abzug 100 Pf. für Postbefreiung. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10 in Wilsdruff. Für die Richtigkeit der Angaben über den Inhalt der Zeitung ist keine Haftung zu übernehmen. — Abrechnung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8 gespaltene Raumzeile 20 Rpf., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 2 gespaltene Reklamazeile im täglichen Teile 1 Reichsmark. Nachvertragsgebühr 20 Reichspfennig. Sonntags- und Feiertagsanzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigen werden bis zum 10. Uhr durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernommen mit keine Garantie. Jeder Rabattanspruch ist ausgeschlossen, wenn der Vertrag durch die eingetragenen Anzeigen über den Inhalt der Zeitung in Konkurs geht. Anzeigen werden alle Diensttage bis 10 Uhr entgegen genommen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Hoffen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 208 — 89. Jahrgang Teleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 6. Sept. 1930

## Der gestörte Kreislauf.

Fehlgriff und Fickwerk. — Ausgleich. — Arbeitslosigkeit. Das ausschlaggebende Herzstück. — Hoover will nicht. Verflechtung der Weltwirtschaft. — Die Grundlage der Staaten.

Der Versailler Vertrag und in seinem Gefolge das Dawes-Abkommen wie der Young-Plan versuchen den Schlüssel unter die Ergebnisse des Weltkrieges zu ziehen. Es ist nicht gelungen, Alles, was Grenzbeziehungen und Zahlungsverpflichtungen anbetraf, sollte festgelegt und verhängt sein, gleichsam für die Ewigkeit oder doch für eine Zeit, die als dauernd in der ständig in Fluss befindlichen Umwandlung der irdischen Dinge betrachtet wird — für ein oder zwei Jahrhunderte. Doch kaum hat ein dutzendmal die Kalenderblätter gewechselt, so steht die Welt vor der Erkenntnis, daß mit Versailles und den daraus erwachsenen Folgezuständen ein Fehlgriff getan, ein Fickwerk geschaffen wurde, das wohl Verwirrungen in überreicher Fülle brachte, aber den erforderlichen Stand der gesunden Kräfteverteilung löste. Die wirtschaftliche Krise überzieht den gesamten Erdball, die gewünschte Steigerung der Friedenswerke blieb ein Luftgespenst. Was wäre also notwendiger zu tun, als nach einem Ausgleich zu suchen, hier zu mildern, dort anzufurbeln, um mit der gerecht verteilten Pflichtleistung den störenden Blutkreislauf wieder durch den ganzen Körper zu treiben? Mit Verdrüßnis muß konstatiert werden, daß zu solch vernünftigen Beginnen kaum Ansätze sich regen. Deutschland ringt mühselig nach Luft unter dem auf seinen Nacken gebürdeten Zahlungsjoch. Doch Frankreich und England, besonders das letzte, erfahren nur geringen Segen durch das von Deutschland einlaufende Frongeld, sie müssen es zum großen Teil wieder abführen nach den jenseits des Ozeans gebietend harrenden Vereinigten Staaten. Deren betriebliche Bevölkerung leidet gleichfalls. Sie ist nicht imstande, die übermäßige Nahrungszufuhr zu verbauen; die früher so einträglichen Lieferungen an das damals ausnahmsfähige Europa floden, in den Fabriken rosten die Maschinen, auf den Feldern verdirbt das Getreide, das wirgende Gespenst der Arbeitslosigkeit ergreift immer neue Opfer.

Unter diesen Umständen sollte man der Meinung sein, auch drüben werde der rettende Gedanke einer Generalreinigung mit Jubel von allen Angeln aufgenommen worden, der Gedanke einer internationalen Schuldregelung, der den leidenden europäischen Staaten, insbesondere dem deutschen, Raum zur Erholung brächte und in entsprechender Weise den stagnierenden Blutüberfluß in Amerika beseitigte. Diese Idee, die sich seit langem ohne beachtliche Einwände als richtig aufdrängt, wird jedoch in maßgebenden Kreisen der Neuen Welt noch immer nicht anerkannt, vielmehr wird ein Kampf gegen sie geführt, der stark entnervend muß. Aussicht zur Wiederaufrichtung für Deutschland, des ausschlaggebenden Herzes ganz Mitteleuropas, wäre in Sicht bei Verringerung der überhöhten Leistungen aus seiner Arbeits- und Vermögenskraft an die Nachbarn. Diese Nachbarn, unter denen vorman der Engländer steht, erklären sich bereit, dem Nachlaß zuzustimmen. Aber der auf seinem Hypothekenschein bestehende Amerikaner, dessen Mithilfe unerlässlich ist, macht nicht mit; er will seine Forderungen nicht um ein Jota zurückschrauben. In Washington läßt man soeben zum soundso vierten Male verkünden, unter der gegenwärtigen amerikanischen Regierung sei jeder Feldzug zwecklos, der eine Milderung der englischen Schulden an die Vereinigten Staaten anstrebe. Präsident Hoover will nicht. Hoover ist entschlossen, sich entschieden aufzulehnen gegen Schuldennachlaß an europäische frühere Kriegsmächte. So werden diese verbunden, ihrem ehemaligen Segner, eben Deutschland, entgegenzutreten, und die Katastrophe muß weiterwachsen.

Die enge Verbundenheit der Wirtschaftskrise in Deutschland mit der in der gesamten Kulturwelt herrschenden wird in diesem Augenblick wieder klar durch den neuesten Bericht des deutschen Konjunkturforschungsinstituts. „Zum ersten Male“, heißt es da, „haben die Verflechtungen der Weltwirtschaft zu einem sehr engen Zusammenhang auch der wirtschaftlichen Bewegung der einzelnen Länder geführt. Zum ersten Male ist die deutsche Konjunktur in Gleichschritt mit der Bewegung der anderen großen Industriestaaten getreten.“ Und weiter wird bewiesen, daß die verminderte deutsche Ausfuhr die Folge gesunkener Aufnahmefähigkeit der Auslandsmärkte ist. Die Weltpreise müssen fallen, auch die amerikanischen; die von Hoover feinerzittert gerühmte heimische „Prosperität“ ist in erhebliche Mitleidenschaft gezogen. Deutschland wird nicht mehr allein leiden, seinen für den Winter erwarteten 3½ Millionen Arbeitslosen rücken an die Seite die sechs Millionen von gleichem Schicksal Betroffenen im starrköpfigen Dollarlande.

In Genf beginnen jetzt wieder die Beratungen des Völkerbundes, dem Amerika fern blieb. Gegenstand sind die Briandischen Paneuropavorschläge, deren Schlüsselfrage das französische Verbissenheit in die Parole bibelt: „Es müsse alles so bleiben, wie es heute ist.“ Was

## Keine Reform im Völkerbund Englands Politik in Genf.

Kriege sind nicht durch Gewalt zu verhindern. Am nächsten Montag werden in Genf die Beratungen des Völkerbundes und die Auseinandersetzungen über den Briandischen Paneuropavorschlag beginnen. Ein Teil der europäischen Vertretungen ist schon eingetroffen, die deutsche Delegation unter Führung des Reichsaussenministers Dr. Curtius wird Sonntag ankommen. Als Kandidaten für die frei werdenden Sitze im Völkerbund werden nach wie vor Irland, Guatemala und Norwegen genannt. Zu der am Montag stattfindenden ersten europäischen Konferenz werden 23 Außenminister in Genf erwartet. Großes Interesse wird angesichts der italienischen Abänderungsvorschläge zur Reform des Völkerbundes der englischen Stellungnahme zu diesen Vorschlägen entgegengebracht. Es wird die Meinung laut, England werde sich den Abänderungen widersetzen. In dieser Richtung geht auch ein anscheinend informierter Artikel, der soeben in den Londoner „Times“ erscheint. Das Blatt sagt darin, für die gegenwärtige Zusammenkunft sei dieser Punkt besonders wichtig, da eine Reihe von ersten Fragen zur Erörterung stünde, wie z. B. die finanzielle Unterstützung von solchen Staaten, die Opfer eines Angriffes seien, ferner die Abänderung des Völkerbundesstatuts, um es mit dem Kellogg-Pakt in Übereinstimmung zu bringen. Auch der Bericht der Mandatskommission über Palästina sei von großer Wichtigkeit, und endlich

kann das nützen, bei der offenbar unlöslichen Verflechtung der gesamten Weltwirtschaft“, deren man sich endlich erinnern sollte als einziger Anker- und Angelpunkt, um ernsthaft die besseren Hände anzulegen. Bei dem die Genfer Arbeit einleitenden Münderheilenkongreß sprach der Oberschlesier Dr. Ullig ein tüchtiges Wort vom Volkstum. Er betonte, Briands Plan wende sich nur an die Staaten, nicht an die Völker. Das Volkstum aber bilde die Grundlage der Staaten und erbringe erst deren Berechtigungsanspruch. Das Gebieten der Völker reiche in seiner Verantwortung über die Staatsgrenzen hinaus. Was hier für die Einigung Europas gesagt wurde, gilt sicher nicht weniger für die ganze Zivilisationswelt diesseits und jenseits des Weltmeeres. Ist sie von der Vernichtung in sich bergenden Krisengefahr bedroht, kann auch kein amerikanischer Präsident sich der Verantwortung entziehen, darf sich nicht weigern, rechtzeitig die Faust an den rettenden Hebel zu legen, im wohlverstandenen Interesse der Aufgaben, die ihm Amt und Berufung stellen.

## Eine Denkschrift gegen die Nationalsozialisten.

Berlin, 5. September. Am Streit zwischen dem Reichsinnenministerium und der thüringischen Staatsregierung um die Polizeistruktur vor dem Staatsgerichtshof begründet das Reichsinnenministerium bekanntlich die Einbehaltung mit der Verwendung von nationalsozialistischen leitenden Polizeibeamten in Thüringen. Diese gäben nicht die Gewähr dafür, daß die ihnen unterstellte Polizei im Falle von Unruhen ein durchaus zuverlässiges Mittel in der Hand der Regierung sei; denn die NSDAP. verfolge selbst hochverräterische Ziele. Die NSDAP. hat jetzt bestritten, daß sie die bestehende Verfassung umstoßen wolle. Die Reichsregierung hat ihrerseits dem Gerichtshof eine Denkschrift zugestellt, in der die hochverräterischen Ziele der NSDAP. dargestellt werden.

In der 63 Seiten umfassenden Schrift wird zunächst eine kurze Geschichte der alten NSDAP. und des Hitler-Putsch von 1923 gegeben. Dann werden die Ziele der neuen NSDAP. erörtert, die nach Aufhebung des Verbots der alten Partei neu gegründet wurde, aber nach der Denkschrift des Reichsinnenministers die Ziele der bisherigen Partei ohne jede Änderung übernommen habe. Für die Erreichung ihrer Ziele, sagt die Denkschrift, seien den Nationalsozialisten alle Mittel recht. Zum Beweise dafür führt die Denkschrift eine große Zahl von Äußerungen führender Nationalsozialisten an. So kommt die Denkschrift zu folgendem Schlussergebnis: Die NSDAP. erstrebt mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln den gewaltsamen Umsturz der auf der Weimarer Verfassung begründeten deutschen Republik. Sie führt bewußt, aber

mit anderer Taktik die Politik, die im Jahre 1923 zu dem Hitler-Putsch führte.

fort. Die bei dem Scheitern dieses Putsches gemachten Erfahrungen haben die Partei veranlaßt, in planmäßigen Etappen eine neue Revolution vorzubereiten, deren Ziel die Aufrichtung eines diktatorisch organisierten rein völkischen Staates ist. Die Partei

führen die Briandischen Paneuropavorschläge zur Erörterung.

## Gewalttätige Verhinderung von Kriegen ist unmöglich.

erklären die „Times“. Die englische Politik müsse unter allen Umständen eine vorfichtige Zurückhaltung gegenüber allen Tendenzen zeigen, die dahin zielen, schon jetzt militärische und sonstige Nachmittel des Britischen Weltreiches für künftige Fälle, die man im einzelnen gar nicht übersehen könne, vertraglich festlegen zu wollen. Sosehr England auch alle Maßnahmen zur Verhinderung von Kriegen unterstütze, so müsse es sich doch im Hinblick auf seine besondere Lage bewußt sein, daß man den Gebrauch von Gewalt nicht vollständig ausschalten könne. Feste Regeln zur Behandlung internationaler Schwierigkeiten seien daher für die Mitglieder des Britischen Weltreiches nicht schmackhaft. Deshalb werde die britische Politik sich hauptsächlich darauf einstellen, die bestehenden Einrichtungen eher zu verstärken als neue zu schaffen. So könne man z. B. die Frage aufwerfen, ob es wirklich notwendig sei, einen neuen allgemeinen Pakt abzuschließen, dessen Annahme die einzelnen Unterzeichnermächte dazu verpflichten würde, alle internationalen Streitfälle ohne Ausnahme auf friedlichem Wege beizulegen. Dieser Artikel wendet sich deutlich gegen die Paneuropavorschläge Briands. Besonntlich lehnte England in seiner Antwort an Frankreich schon damals die Einrichtung einer besonderen europäischen Organisation ab.

selbst und die von ihr geschaffenen Organisationen sind so aufgebaut, daß sie

alle als geschlossene militärisch disziplinierte Kampstruppen bei dem beabsichtigten Umsturz eingesetzt werden können.

Soweit sich Nationalsozialisten am parlamentarischen Staatsleben beteiligen, tun sie es zu dem ausgesprochenen Zweck, den Staat und seine Nachmittel von innen heraus zu unterhöhlen, um den Generalangriff durch Schwächung der inneren Widerstandskraft des Staates zu erleichtern. Sie fühlen sich schon jetzt gerüstet, um unter Anwendung von brachialer Gewalt den Umsturz herbeizuführen. Ihre gegenwärtige Tätigkeit besteht darin,

eine Machtposition innerhalb des Staates zu sichern durch bewußt staatsfeindliche Politik, durch Zerfegung der Nachmittel des Staates und durch weitere Schulung ihrer eigenen Nachmittel die Vorbedingungen für den sicheren Erfolg der von der Partei in naher Zeit zu entscheidenden Revolution zu schaffen.“

## Das Ende einer Ente

Berlin, 5. September. Die Frage nach dem Doktoritel Feids hat eine schnelle Aufklärung gefunden. Die Universität Heidelberg hat dem 8-Uhr-Abendblatt auf Anfrage direkt mitgeteilt, daß sich aus ihren Akten ergebe, daß an dem von dem thüringischen Minister angegebenen Tage, am 19. November 1901, ein Wilhelm Feid aus Kaiserslautern in der juristischen Fakultät zum Doktor promoviert.

## Die Roggenflüch.

Kein vorzeitiger Abbruch der Regierungsfaktion.

Der Getreidekommissar des Reichsernährungsministeriums, Ministerialdirektor Dr. Waade, erklärt, daß die Gerichte über Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichsernährungsminister und ihm selbst über die gegenwärtige Handhabung der Roggenflüch unbeantragt seien. Da sich alle Parteien, auch die Sozialdemokraten, über die Notwendigkeit der Roggenflüch einig seien und dem Reich noch breite finanzielle Möglichkeiten zur Verfügung ständen, sei eine plötzliche Beendigung der Stützungsfaktion nicht zu denken. Angesichts der geringen diesjährigen Roggen-ernte handele es sich unter Einrechnung der alten Vorräte bei einem normalen Brotverbrauch von 4 bis 4,5 Millionen Tonnen und einer normalen Roggenverfütterung von 2,5 Millionen Tonnen nur um die Notwendigkeit der Unterbringung der restlichen 800 000 Tonnen. Da bisher in drei Monaten 300 000 Tonnen Getreide zu 70 Mark unter Aufwendung von 20 Millionen Mark verlorener Zuschüsse abgesetzt worden seien, könne

der weitere Überschuß

im Laufe des Jahres spielend abgesetzt werden, besonders wenn nach dem Verbrauch der Vorräte an Gerste der Absatz von Getreide mit der Berechtigung zum Erwerb zollbefreiter Gerste verbunden würde. Bei dem Ratengebot, das in den letzten Tagen den Stützungsgesellschaften gemacht worden sei, handele es sich in der Hauptsache um Terminware bei geringem Angebot von effektiver Ware, so daß sich der Handel zum Lieferstermin erst den Roggen beschaffen müsse. Angesichts der sicheren Erfolglosigkeit des Versuches, die Stützungsgesellschaften zu fixen, habe die Spekulation an der Produktenbörse bei der Realisierung ihrer Terminverpflichtungen mit unter Umständen größeren Verlusten zu rechnen.